Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1918

114 (8.3.1918) Abendblatt

Visual Library

Nr. 114 — Karlsruhe, Freitag, den 8. März 1918 — 56. Jahrgang

Bezugspreis vierteljährlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 4.25; (b. d. Geschäftsstelle monatl. Mk. 1.10) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 4.70 ohne Bestellgeld, für Oesterreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postanstalten, übriges Ausland Mk. 12.—

Fernsprecher Nr. 535

Badischer Beobachter

Abendblatt

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kolonelzeile 25 Pf.; Reklamen Mk. 1.20, bei Wiederholung Nachlaß nach Tarif. — Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. — Schluß der Anzeigen-Annahme vorm. halb 8 Uhr bzw. nachm. halb 3 Uhr.

Postscheck: Karlsruhe 4844

Rotationsdruck und Verlag der Badenia A.-G. für Verlag und Druckerei Karlsruhe, Adlerstraße 42, Albert Hofmann, Direktor

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben. Beilagen: Je einmal wöchentlich die Unterhaltungsblätter „Sterne und Blumen", „Blätter für den Familientisch" und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft"

Verantwortlich für deutsche und badische Politik, sowie für Feuilleton: Th. Meyer; für den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für Anzeigen und Reklamen: A. Hofmann, sämtlich in Karlsruhe.

„Viel Lärm um Nichts."

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Mit diesen Worten glaubte der Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion, Abg. Rebmann, die Debatte über die Vaterlandspartei und den Herrn Reichskanzler Grafen Hertling abschließen zu können.

Herr Abg. Rebmann irrt sich da ganz gewaltig. Es ist durchaus politisch nicht gleichgültig, wenn offizielle Beziehungen des Reichskanzlers zur Vaterlandspartei bestehen sollten und wenn offizielle Erklärungen des Kanzlers von der Vaterlandspartei zu Gunsten ihrer Kriegszielpolitik ausgenützt werden könnten. An dem Tage, wo der Kanzler öffentlich oder privatim eine Erklärung, wie sie der Herr Abgeordnete Rebmann in der Zweiten Kammer als Meinung des Kanzlers abgegeben hat, abgeben würde, wäre das Ende der bisherigen Mehrheitspolitik im Reichstage gekommen. Es ist kein Geheimnis mehr, daß sowohl die einzelnen Parteien innerhalb der Mehrheit wie auch die Reichsregierung selbst den Zerfall der Mehrheitsbildung nicht wünschen. Dabei darf man sich über den Charakter der Mehrheitsbildung, zu der die Nationalliberalen nicht gehören, keine falschen Vorstellungen machen. Die Mehrheitsparteien treiben Politik auf Grund der bekannten Programmpunkte, die mit dem Kanzler vereinbart sind. Für alle übrigen zahlreichen Fragen hat jeder Teil „freie Hand".

Ja, führte Abgeordneter Rebmann aus: „... und ich sage das mit ganz besonderer Betonung — daß die Vaterlandspartei heute in ihren Kriegszielen um kein Haar mehr verlangt, als was der aus dem Zentrum hervorgegangene Reichskanzler Graf Hertling erstrebt. (Hört, hört! links), ..."

Das „Hört, hört", das der stenographische Bericht von der Linken verzeichnet, ist durchaus verständlich. Das Aufsehen, das die Ausführungen des Abg. Rebmann hervorgerufen haben, sind auch der Anlaß gewesen, der Sache in Berlin nachzugehen.

In der 32. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer vom 28. Februar hat Abg. Köhler auf Grund besonderer Berliner Informationen die Ausführungen des Abg. Rebmann als unrichtig zurückgewiesen. Demgegenüber betonte Herr Abg. Rebmann nach dem Bericht der Bad. Landeszeitung in einer persönlichen Bemerkung:

„Eine Aeußerung, die ich bei der allgemeinen Finanzdebatte gemacht habe, daß der Reichskanzler dem Standpunkte der Vaterlandspartei in der Friedensfrage nahestehe, hat der Abg. Köhler als unzutreffend bezeichnet. Ich muß meine damaligen Ausführungen aufrechterhalten; sie beruhen auf persönlichen Besprechungen, die ich 2 Tage vorher in Berlin hatte mit einer dem Reichskanzler nahestehenden Stelle ..."

Wir sind in der Lage, nochmals feststellen, daß diese „dem Reichskanzler nahestehende Stelle" nicht die Politik des Kanzlers in bezug auf die Ziele der Vaterlandspartei angegeben hat. Die Ausführungen des Abgeordneten Rebmann können nicht aus einer offiziellen Quelle stammen. Amtlich kommt für die Oeffentlichkeit die Reichskanzlei in Frage. In der interfraktionellen Besprechung, bei der die Nationalliberalen nicht waren, wie in einer Fraktionssitzung der Zentrumsfraktion wurde auf Grund der Mitteilungen der Reichskanzlei festgestellt, daß die Behauptungen des Abg. Rebmann der Wahrheit nicht entsprechen. Für uns handelt es sich nicht um einen Streit um Worte. Es muß durchaus vermieden werden, der Politik des Kanzlers den Stempel der Unaufrichtigkeit und Hinterhältigkeit aufdrücken zu können. Daß dies beabsichtigt war, nehmen wir nicht an. Es soll aber auch der Schein vermieden werden.

Die Zeit, wo wir nach Westen Kriegsziele endgültig aufstellen können, liegt leider noch fern. Sie wird aber kommen und wir hoffen, Graf Hertling wird seinen Mann dabei stellen. Die Behauptung des Abgeordneten Rebmann, daß die Vaterlandspartei heute um kein Haar mehr verlangt, als was der aus dem Zentrum hervorgegangene Reichskanzler Graf Hertling heute als Friedensziele erstrebt, könnte auch als Verzicht der Vaterlandspartei aufgefaßt werden, ihre gehässigen Angriffe gegen den Reichskanzler in der ihr nahestehenden Presse einzustellen und mit dem Aufstellen der Kriegsziele nach Westen zu warten, bis die Waffen gesprochen haben. Diese Hoffnung erscheint leider trügerisch.

Der Krieg zur See.

Zweierlei Maß bei der dänischen Regierung.

Berlin, 7. März. (W.T.B.) Im Fall „Igotz Mendi" hat Dänemark einer dänischen Bergungsgesellschaft verboten, der deutschen Prise Hilfe zu leisten. Sollte dieses Verbot der Erwägung entsprungen sein, daß es einem neutralen Staat verwehrt sei, Handlungen in seinen Gewässern zuzulassen, die eine Unterstützung der Tätigkeit einer Prise bedeuten, so muß man sich wundern, daß Dänemark diesen Grundsatz nicht auch englischen Prisen gegenüber zur Geltung gebracht hat. In einem Falle, in dem eine englische Prise dänische Gewässer angelaufen hat, hat das Schiff dort die Unterstützung gefunden, ohne die es seine Reise nicht fortsetzen konnte. Am 19. März 1916 lief nämlich der Dampfer „Kong Inge", der auf der Fahrt nach einem deutschen Hafen von einem englischen U-Boote aufgebracht worden war, aus Kohlennot als englische Prise den dänischen Hafen Frederikshavn an. Das Schiff erhielt dort anstandslos Kohlen, um die Reise nach Leith fortsetzen zu können, und fuhr noch am Abend des 19. März ab. Man fragt sich vergeblich, warum die Dänen gestattet haben, daß der englischen Prise „Kong Inge" die für ihre Weiterfahrt notwendige Unterstützung zuteil wurde, sie dagegen die Unterstützung der deutschen Prise „Igotz Mendi" verboten haben.

Tagesbericht vom Großen Hauptquartier.

Großes Hauptquartier, 8. März. (W.T.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Bei Durchführung erfolgreicher Erkundungen wurden östlich von Merkhem 30 Belgier, nordöstlich von Festubert 23 Engländer gefangen genommen. Der Artillerie- und Minenwerferkampf lebte am Abend in einzelnen Abschnitten auf.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz.

Sturmabteilungen brachten von einem Vorstoß östlich von La Neuville (südlich von Berry au Bac) eine Anzahl gefangener Franzosen zurück. Im übrigen blieb die Gefechtstätigkeit auf Störungsfeuer beschränkt, das sich auf dem westlichen Maasufer vorübergehend steigerte.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front entwickelte die französische Artillerie zwischen Selle und Plaine rege Tätigkeit

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

13000 Tonnen.

Berlin, 8. März. (W.T.B. Amtlich.) Neue U-Bootserfolge im Sperrgebiet um England 18 000 B.R.T. Von den versenkten Schiffen wurden zwei tief beladene Dampfer im Aermelkanal aus einem großen, stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Eine bemerkenswerte englische Stimme zur Rede Hertlings.

Berlin, 7. März. (W.T.B.) Die Nordd. Allgem. Zeitung schreibt unter der Ueberschrift: „Eine englische Stimme": Die Daily News veröffentlicht eine bemerkenswerte Zuschrift des Lord Buckmaster, in der dieser die letzte Rede des Grafen Hertling als die wichtigste Aeußerung eines deutschen Staatsmannes seit Kriegsausbruch bezeichnet. Diese Rede, zu einem Zeitpunkt gehalten, als Rußland überwunden zu Deutschlands Füßen liege, während an der Westfront die Ruhe vor dem Orkan herrsche, sei bei weitem die gemäßigtste, die bisher gehört worden sei. Sie enthalte keine verächtlichen oder ehrenrührigen Ausdrücke für England und seine Alliierten und bekundet ein mehr als oberflächliches Einverständnis mit Wilsons vier Grundbedingungen für einen bleibenden Frieden, wobei Graf Hertling begreiflicherweise verlange, daß auch die Alliierten diese Bedingungen annehmen. Nicht so vertrauenerweckend seien Graf Hertlings Ausführungen über Belgien. Zwar wiederhole er, daß Belgien nicht ein Bestandteil des Deutschen Reiches werden solle, mache aber den Vorbehalt, daß die künftige Lage Belgiens es nicht zur Basis feindlicher Machenschaften machen dürfe. Niemand in England habe je an derartiges gedacht. Aber der Vorbehalt könne nur akzeptiert werden, wenn er mit der völligen politischen Wiederherstellung vereinbar sei. Graf Hertling bemerkt, daß näheres bei einer Aussprache zu erfahren sei, und es sei schwer einzusehen, warum dieser Vorschlag abgelehnt werden solle. Auch die Richtigkeit des Hinweises, daß eine Verständigung schwer durch öffentliche Reden zu erzielen sei, lasse sich nicht bestreiten. Man könne natürlich die ganze Aeußerung als unaufrichtig und vertrauensunwürdig hinstellen, aber wenn man jedes Angebot so behandle, werde der Frieden nie kommen. Keine schwerere Verantwortung liege auf den Staatsmännern als die, derartige Angebote unberücksichtigt und ungelesen zu lassen.

Die Aeußerung des Engländers Buckmaster verdient nach Ton und Inhalt Beachtung. Es handelt sich zwar um eine vereinzelte Stimme, immerhin aber ist es erfreulich, ein vernünftiges Urteil zu verzeichnen, das dem Reichskanzler Gerechtigkeit widerfahren läßt und seinem Gedankengang ganz ohne Voreingenommenheit zu folgen sucht.

Wirklich?

Bern, 7. März. (W.T.B. Wie Pariser Blätter melden, wird die Verhandlung gegen den Mörder von Jaures, Villain, am 26. März vor dem Schwurgericht des Seine-Departements stattfinden.

Die wahre Stimmung bei der Londoner Sozialisten-Konferenz.

Bern. Ueber das Ergebnis der Londoner Konferenz veröffentlicht der französische Minderheitssozialist Longuet (ein Enkel von Karl Marx) einen Bericht, der erheblich abweicht von den offiziellen Havas- und Reuter-Berichten. Es heißt darin: „Als der bolschewistische Abgeordnete Litwinoff davon sprach, daß in London eine ebenso revolutionäre wie pazifistische Propaganda getrieben werde, erhob sich ein gewaltiger Beifallssturm. Vandervelades und Renaudels Reden wurden dagegen mit kühler Beachtung aufgenommen, und als Renaudel davon sprach, daß der Krieg fortgesetzt werden müsse, bis der deutsche und der österreichische Imperialismus geschlagen sei, erhob sich der heftigste Protest. Die mit dem Gelde von Großkapitalisten nun gegründete chauvinistische britische Worker-League wurde aufs heftigste verurteilt und geschmäht. Die Versammlung, der die Regierung von Lloyd George vollständig verleidet ist, konnte nur mit Mühe von dem Beschluß zurückgehalten werden, den Austritt der Arbeiterminister aus der Regierung zu fordern; Henderson setzt auseinander, daß ein Austritt der Arbeiterminister den Sturz der Regierung Lloyd Georges zur Folge hätte, daß dann Neuwahlen stattzufinden hätten, und auf diese Neuwahlen könne sich die Arbeiterpartei noch nicht einlassen, denn sie müßten nur auf Grund der alten ungünstigen Wählerlisten stattfinden, was der Arbeiterpartei schaden würde. Die neuen Wählerlisten seien aber erst in drei Monaten fertig. Trotz dieser logischen Warnung Hendersons stimmten die Vertreter von beinahe 800 000 Mitglieder für den Austritt der Arbeiterminister aus der Regierung, die Vertreter von etwa anderthalb Millionen für das vorläufige Verbleiben. Also bei 800 000 Mitgliedern ist die Abneigung gegen die Regierung Lloyd Georges so groß, daß sie ohne Bedenken den Sturz von Lloyd Georges fordern.

Dringender Appell des österreich. Ministerpräsidenten.

Wien, 7. März. (W.T.B.) Abgeordnetenhaus. In der fortgesetzten 2. Lesung des Budgetprovisoriums richtete der Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler an das Haus einen warmen Appell, das Budgetprovisorium einschließlich der Kreditermächtigung zu votieren. Die Verweigerung des Kriegsbudgets und insbesondere der Kriegskredite müßte in aller Welt als Entschließung aufgefaßt werden, die nicht davor zurückscheue, dem Staat die materiellen Mittel in einem Moment zu entziehen, da er den schwersten aller Kriege in Ehren zu beendigen sich anschicke. Er sei überzeugt, daß die Oeffentlichkeit derartige Erscheinungen als tief bedenklich, als geradezu beschämend empfinden würde. Die verfassungsmäßige Erledigung des Budgetprovisoriums werde freie Bahn schaffen für die Erledigung wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben, darunter die Teuerungszulagen an die Lehrpersonen usw. und die Erhöhung der Bezüge. Der Ministerpräsident verwies ganz besonders auf die staatsfinanziellen Maßnahmen und die Notwendigkeit der Verfassungsreform und erklärte: Wir müssen durchsetzen, daß die nationalen Gegensätze innerhalb des Rahmens der Staatsidee zur Ausgleichung gebracht werden. In der nationalen Autonomie sei der so dringend notwendige Modus vivendi zu erblicken. In dieser Beziehung halte die Regierung an den wiederholt bekanntgegebenen Grundsätzen sowohl bezüglich des Rechts der Völker Oesterreichs auf eine über die nationalen Grenzen nicht hinausgreifende Selbstverwaltung in ihren Siedelungsgebieten fest, als auch hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts, soweit es im Einklang mit den Voraussetzungen für die Erhaltung und Entwicklung des Staatsganzen stehe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.) Die Regierung stelle sich hierbei auf den Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechts, insbesondere des Prinzips, daß keine Nationalität die andere zu vergewaltigen, daß vielmehr jede auf ihren eigenen Gebieten sich auszuleben berechtigt sei. Nach der Einigung der Obmänner über die Form der Behandlung der Verfassungsrevision werde die Regierung ihre diesbezüglichen Operate vorlegen. Gerade in Böhmen könnten gewisse Neugestaltungen unter Beobachtung des Grundsatzes der Auseinanderlegung der nationalen Streitteile fürn beide Volksstämme segensreich und entwicklungsfördernd wirken. Die Beseitigung oder wenigstens die Verminderung der Reibungsflächen zwischen den beiden Böhmen bewohnenden Volksstämmen bei gegenseitiger Achtung ihrer Rechte könne zu einer dauernden Verständigung und zu jener ruhigen Stetigkeit der Verhältnisse führen, deren alle österreichischen Volksstämme bedürften, um sich ungestört den wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben widmen zu können. Auch an der Südslavenfrage könne nicht länger achtlos vorübergegangen werden. Es handele sich dabei darum, jene Lösung zu finden, daß dieses Axiom der dynastischen und staatlichen Treue voll und ganz entspreche. Auf dieser einzig möglichen Basis sei die Regierung gerne bereit, im Rahmen ihrer Befugnisse in die Erörterung der Südslavenfrage mit dem Ziel ihrer baldigen Lösung einzutreten, wobei jedoch selbstverständlich nur mit aller Offenheit und nur im Einvernehmen aller Beteiligten und unter Wahrung der berechtigten Ansprüche der nicht berührten österreichischen Völker vorgegangen werden könne. An der Regelung der nationalen Verhältnisse hätten alle Nationalitäten übereinstimmend ein geradezu vitales Interesse. Der Ministerpräsident appellierte an alle Parteien, einen innerpolitischen Waffenstillstand zum Zweck der Herbeiführung eines baldigen äußeren Friedens zu schließen. Die Regierung erstrebe eine feste Friedensmehrheit herzustellen, die mit der Regierung zusammenarbeiten solle an der Lösung der ungeheuren Verwaltungsaufgaben, wie auch an der Vorbereitung der politischen Erneuerung des Vaterlandes.

In Beantwortung einer Anfrage, worin anläßlich der Bestellung Lord Northcliffes zum Direktor der Propaganda in den feindlichen Ländern auch auf die geheime und offene Wühlarbeit gegen Oesterreich hingewiesen wird, erklärte der Ministerpräsident, daß sich die Regierung die stetige Bekämpfung und nachdrücklichste Abwehr einer solchen Propaganda angelegen sein lasse. Die Organisation, die wir der feindlichen Einwirkung entgegenstellten, arbeite. In Beantwortung einer Anfrage betr. die Armeefrage stellte der Ministerpräsident unter Hinweis auf die entsprechenden Bestimmungen der österreichischen und ungarischen Verfassungsgesetze fest, daß insofern in den Ländern der ungarischen Krone die gemeinsame Armee aufgegeben oder modifiziert werden solle, dies nur mit Zustimmung Oesterreichs und nur mit Zustimmung des österreichischen Reichsrates, also jedenfalls nur auf dem Wege von Verhandlungen geschehen könne. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Der Minister wird allseitig beglückwünscht.)

Die Lage im Osten.

Das Handels- und Schiffahrtswirtschaftsabkommen mit Finnland.

Berlin, 7. März. (W.T.B.) In dem gleichzeitig mit dem Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland abgeschlossenen Handels- und Schiffahrtswirtschaftsabkommen wird bestimmt, daß die Angehörigen eines jeden der vertragschließenden Teile im Gebiete des anderen Teiles in Bezug auf Handel und sonstige Gewerbe dieselben Rechte und Begünstigungen aller Art genießen, die den Inländern zustehen oder zustehen werden. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und alle anderen kommerziellen, industriellen und finanziellen Gesellschaften mit Einschluß der Versicherungsgesellschaften sollen auch in dem Gebiet des anderen Teiles als gesetzlich bestehend anerkannt werden und insbesondere das Recht haben, vor Gericht als Kläger oder Beklagte aufzutreten. Die Zulassung solcher Gesellschaften zum Gewerbe- oder Geschäftsbetrieb, sowie zum Erwerb von Grundstücken usw. in dem Gebiet des anderen Teiles bestimmt sich nach den dort geltenden Vorschriften. Doch sollen die Gesellschaften dieselben Rechte genießen, die den gleichartigen Gesellschaften irgend eines dritten Landes zustehen. Die Boden- und Gewerbe-Erzeugnisse sollen nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung behandelt werden. Diese Bestimmungen beziehen sich indessen nicht auf die Begünstigungen des Grenzverkehrs, auch nicht auf die Begünstigungen, die einer der vertragschließenden Teile einem mit ihm zollgeeinten Lande oder Gebiete gewährt und auch nicht auf die, die Deutschland, Oesterreich-Ungarn oder einem anderen mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenen Landes, das an Deutschland unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Oesterreich-Ungarn zollverbündeten Land mittelbar angrenzt, der seinen eigenen Kolonien usw. etwa gewährt wird. Während des Bestehens dieses Abkommens wird der finnische Zolltarif nach dem Stande vom 1. Januar 1914 gegenüber Deutschland in Anwendung kommen. Der Tarif darf während dieser Zeit Deutschland gegenüber weder erhöht noch durch Fälle auf bisher zollfreie Waren erweitert werden. Auch bezüglich der Eisenbahnen und Seeschiffahrt wird Meistbegünstigung vereinbart. Hinsichtlich des Schutzes des gewerblichen Eigentums und des Urheberrechtes gelten die Bestimmungen der revidierten Pariser Uebereinkunft vom 2. Juli 1911 und der revidierten Berner Uebereinkunft vom 23. November 1908. Der Post- und Telegraphenverkehr soll nach den Bestimmungen des Weltpostvertrages und seiner Nebenabkommen aufgenommen werden. Die näheren Festsetzungen erfolgen durch Abkommen zwischen den beiderseitigen Verwaltungen. Schon jetzt wird vereinbart, daß die Telegramme bis auf weiteres über Schweden geleitet werden und daß die Wortgebühr für ein gewöhnliches Telegramm 25 Centimes betragen soll. Zur Regelung der Konsularverhältnisse, der Nachlässe, des Rechtsschutzes und der Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten sollen tunlichst bald Verträge abgeschlossen werden, die den Anschauungen und Verhältnissen der Gegenwart entsprechen. Bis dahin soll der deutsch-russische Konsularvertrag, die deutsch-russische Konvention von 1874 und das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 gelten. Ein Vertrag über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern und über die Rechtshilfe in Strafsachen soll auf neuzeitlicher Grundlage geschlossen werden. Jeder Vertragschließende Teil wird die Zeitwanderung seiner Angehörigen in das Gebiet des anderen Teiles zur Beschäftigung in landwirtschaftlichen Betrieben gestatten. Dieses Abkommen soll zwei Wochen nach dem Austausch der Bestätigungsurkunden in Wirksamkeit treten. Eine Zusatzerklärung besagt, daß das Abkommen vorerst keine Aenderungen der Vorschriften bewirken soll, die in Bezug auf Gesellschaften gewisser Art die finnische Staatsangehörigkeit zur Bedingung machen, doch sollen auch in dieser Hinsicht die Angehörigen des deutschen Reiches den Finnländern tunlichst bald gleichgestellt werden.

***

Zum Vertrag Rußlands mit den finnischen Revolutionären.

Berlin, 7. März. (W.T.B.) Die schwedische Zeitung Svenska Dagbladet meint in einem Leitartikel vom 6. März, daß die Nachricht der Stockholmer Zeitung Politiken über den Vertrag Finnlands mit Rußland mit den Tatsachen übereinstimme. Das Recht der Roten Regierung, im Namen Finnlands zu sprechen, sei indessen anfechtbar, und wenn die Truppen des Generals Mannerheim in Helsingfors einzögen, werde Svinhufuds wohl verschiedene Punkte korrigieren. Indessen sei es möglich, daß auch die gesetzliche finnische Regierung es mit Befriedigung sehe, daß eine formelle Uebereinkunft über die Trennung des ehemaligen Zartums und des ehemaligen Großfürstentums vorliegt. Die Bestimmung von dem Gebiet im Eis-

meer sei etwas dunkel. Wahrscheinlich sei ein schmaler Küstenstreifen längs der norwegischen Grenze im hohen Norden gemeint, vielleicht auch die ganze Kola-Halbinsel oder gar auch Russisch-Karelen.

—)*(—

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

BZK. **Karlsruhe**, 8. März 1918.

Am Regierungstisch: Staatsminister Frhr. v. Bodman und Kommissare.

Präsident **Kopf** eröffnet die 37. Sitzung um 9 Uhr 15 Min.

Die

Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Bock** (natl.) verbreitet sich über die Verhältnisse des badischen Weinbaus und die Mittel zu seiner Förderung. Frhr. von Gleichenstein habe gesagt, der Hybride gehöre die Zukunft. Soweit wolle er nicht gehen. Bezüglich der Weinsteuer schließe er sich Frh. von Gleichenstein an, sie könne nur im Zusammenhang mit dem Zoll ausgebaut werden. Dabei ist auch auf den Wert Rücksicht zu nehmen. Der Wein, den der Winzer für sich braucht, soll steuerfrei bleiben. (Beifall.)

Abg. **Müller-Eppingen** (N. V.): Wir hoffen, daß die Regierung, wenn die Russen wegkommen, sie durch andere Gefangene ersetze. Auch möge sie dafür sorgen, daß die Mannschaften über 45 Jahren entlassen werden. Martin habe festgestellt, daß beim Getreidebau nur 25 Mk. am Morgen übrig bleiben nach Abzug der Kosten. Das sei im Frieden nicht einmal immer der Fall gewesen. Er bitte die Regierung, daß sie Höchstpreise für Ferkel einführe. Redner verbreitet sich zum Schluß noch über die Ziegenzucht und den Weinbau.

Abg. **Rehm** (natl.): Unzufriedenheit herrscht bei uns über den zu nieder angesetzten Nußpreis. Viele Kirschbäume konnten im letzten Jahre nicht abgeerntet werden. In diesem Jahr wird die Einbringung von Schälrinde nicht möglich sein wegen des Leutemangels. Die Meinung, daß die Hühner mit Weichfutter durchgehalten werden können, ist unhaltbar; ihre Organe erschlaffen bei ausschließlichem Weichfutter. Sollen sie legen, so müssen sie ausreichend mit Körnerfutter gefüttert werden.

Abg. **Ringwald** (natl.) wendet sich dagegen, daß den Landwirten von der Militärverwaltung Wiesen entzogen werden. Man solle die Werbung für die 8. Kriegsanleihe nicht erschweren, sondern den Grund zu Mißstimmungen bei den Landwirten ausräumen.

Abg. **Bechtold** (Soz.) wendet sich gegen die Bemerkungen Hertles über die städtischen Gutswirtschaften. Sie werden noch mehr zunehmen. (Abg. Fischer: Das ist recht; dann bekommen wir noch höhere Preise!) Die Schweinebestände sind sehr zusammengeschmolzen. Die Landwirtschaftskammer sollte diesem Landtag noch eine Abrechnung vorlegen.

Abg. **Seubert** (Ztr.) schneidet noch einmal die Brennkesselfrage an. Die Eisenkessel sind schlecht. Der Regierungsvertreter habe erklärt, das Kupfer aus der russischen Beute sei zu weit weg. Es komme aber doch nicht darauf an, ob das Kupfer, wenn es einmal verladen, einen oder zwei Tage unterwegs ist. Wenn es auf die Brennkessel ankomme, sei es gefehlt. Brauche man sie aber, dann seien sie gleich da. Man soll die Frage nochmals erwägen. Das Pforzheimer Lob für den zweiten Offenburger Beamten tue nichts zu den allgemeinen Klagen über ihn in Offenburg-Land. Der Oberamtmann sei ein unnahbarer paschamäßiger Herr. Es gehe nicht an, daß der Gendarm hinter dem Rücken der Bürgermeister zu Gericht sitzt über dieselben. Der Bauer Zapf, dem das Selbstversorgerrecht entzogen wurde, hatte zu dieser Zeit kein Getreide versteckt; es geschah, weil er über den Kommunalverband geschimpft hat. Der Mann ist dreimal aufs Bezirksamt gefahren ohne Erfolg, als er aber nichts mehr zu essen hatte, sagte er zum Ratschreiber, was er machen solle. Dieser gab ihm den Rat, die Plombe zu entfernen und zu mahlen, es komme jemand dazu. Nachdem niemand kam, machte er die Plombe weg, teilte dies aber dem Bezirksamt mit. Der Mann hat in der Not gehandelt; man hätte ihm deshalb das Selbstversorgerrecht nicht entziehen dürfen. (Beifall.) Das beste wäre gewesen, ihm seinen Bedarf abzuwägen und den Rest wegzunehmen.

Staatsminister **Frhr. v. Bodman**: Seubert hat den Wunsch ausgesprochen, es solle beim Bezirksamt Offenburg loyal verfahren werden. Illoyal handelt, wer sich nicht ans Gesetz hält. Seubert sagte, der Oberamtmann handle paschamäßig. Die Sache ist nicht zum Lachen, sie ist sehr ernst. Es ist dies ein schwerer Vorwurf für den Beamten. (Zustimmung bei den Natl.) Den Fall Zapf kenne ich nicht näher, ich werde ihm aber nachgehen. Der Amtsvorstand ist ein verdienter Beamter. Der Kommunalverband Offenburg-Land ist ein schwieriger wegen des Schleichhandels ins Elsaß und nach anderen Gegenden. Was den Amtmann Frank betrifft, kann ich nur wiederholen, daß in Pforzheim eine Unzufriedenheit herrschte über seine Versetzung nach Offenburg. Er hat in Pforzheim-Land die Milchversorgung mustergültig durchgeführt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Mann sich so unbeliebt machen sollte. Er habe Nacherhebungen durch den Gendarmen über einen Bürgermeister machen lassen. Das Recht stand ihm zu; er mußte sich aber hüten, den Bürgermeister bloßzustellen. Er werde den Fall untersuchen lassen. In der Frage der Getreideablieferung kann nicht streng genug vorgegangen werden. Baden hat bis jetzt 26 Prozent abgeliefert (Hört!) bei einem Reichsdurchschnitt von 52, Preußen 51 Proz., Württemberg 40 Proz., Mecklenburg 65 Proz., Braunschweig 58 Prozent. Baden ist also kein Musterland. Wenn die Brotrationen heruntergesetzt werden müssen, wird das bitter empfunden. Den Mühlenkontrolleuren habe er sagen müssen, daß sie nicht wir uns noch nicht befaßt. Wenn irgendwo zu hohe Preise dürfen wir uns nicht verlassen, weil sie nur langsam zu uns kommen und mit unseren Bundesgenossen geteilt werden müssen. Seubert scheine die Transportschwierigkeiten nicht zu kennen. Auch die Abgeordneten müssen in dieser Frage die Regierung mit allem Ernst unterstützen. In der Frage der Brennkessel habe ein Eingriff stattfinden müssen, sonst hätte man nicht auf die Glocken gegriffen, wodurch die heiligsten Empfindungen des Volkes berührt wurden. Ob eine Aenderung eintreten im Bedarf, wisse er nicht; er werde aber nachforschen, ob sich das Belassen der Kessel nicht ermöglichen lasse. Die Preise für den Branntwein sind von der Landespreisstelle festgestellt worden, nicht von Berlin. Rösch hat Ausschanthöchstpreise verlangt. Damit haben wir uns noch befaßt. Wenn irgendwo zu hohe Preise verlangt werden, solle man es anzeigen. Spang hat sich beschwert, daß in Freiburg-Waldkirch den Brennern das ganze Erzeugnis weggenommen werde, entge[illegible] Vorschrift, daß ihnen 10 Liter reiner Alkohol zu belassen seien. Wenn das geschehe, solle man sich beschweren. Der Abnahmepreis, den die Münchener Zentrale bezahlt, kann nicht in Vergleich gestellt werden mit dem früher bezahlten oder mit den im Schleichhandel erzielten Preisen. Seubert hat gesagt, es habe ein Brenner beim Ersatz der Brennapparate einen Schaden von 2000 Mark gehabt. Er bitte, den Fall näher mitzuteilen. Geklagt wurde über zu hohe Ferkelpreise und Höchstpreise verlangt. Ich war und bin der Meinung, man soll keine Ferkelhöchstpreise festsetzen, weil man dadurch den Anreiz zur Schweinezucht beseitigt. (Sehr richtig!) Wir dürfen nicht verkennen, daß auch bei uns die Gefahr der Verfütterung von Brotgetreide und Kartoffeln besteht. Dem muß durch Verminderung der Schweinebestände vorgebeugt werden. Auch der Unterschied zwischen Schweine- und Schweinefleischpreis ist beanstandet worden. Der Einstandspreis für 1 Zentner Schlachtgewicht beträgt 105 Mark, der Fleischpreis 150 Mark. Die Ausbeute ist zurzeit gering. Spang bat um Schonung des Hinterwälder Viehs. Das geschieht, auch wird auf die Weideperiode Rücksicht genommen. Ganz kann man die Hinterwälder nicht verschont werden. Auf greifbar trächtiges Vieh soll nicht gegriffen werden wegen der Zucht. Im einzelnen wird dagegen wohl gefehlt. Da müssen sich die Leute dagegen wehren. Auch für Schuhwerk bestehen gewisse Höchstpreise für das Leder. Der Schuhpreis muß eingedruckt sein. Angeregt wurde eine Zwangsversicherung nach dem Krieg. Er gebe zu, daß der Wiederaufbau des Viehbestandes eine Hauptaufgabe sei und daß man dabei auch an die Zwangsversicherung denken kann. Allein Sie wissen, warum man davon absah, die Frage ist schwierig, das Risiko groß. Er werde sie nochmals prüfen. Ein Antrag will die Freigabe von Tobinambur zum Brennen. Das Finanzministerium hat die Frage abgelehnt. Ich bin auch dafür. Wenn Roßkartoffeln verbrannt werden, dann werden Kartoffeln verfüttert. Gestattet man das Brennen, so ergibt ein Hektar einen Ertrag von 2400 Mark; das ist ein so großer Anreiz, daß der Körner- und Kartoffelbau darunter leiden. Zum Weinbau möchte er bemerken, daß da, wo der Qualitätsweinbau daheim ist, ein Anbau von Hybriden in großem Umfang nicht möglich wäre. Entgegen steht das Gesetz und die Bundesratsverordnung betr. die Reblausbekämpfung. Diese stehen auch entgegen dem, was Müller-Eppingen ankündigte: Sie hätten beschlossen, Amerikaner anzubauen. Er mache ihn darauf aufmerksam, daß das mit Unannehmlichkeiten verbunden sein könne. (Heiterkeit.) Die Frage wird weiter geprüft werden. Unrichtig wäre es, aus der Widerstandsfähigkeit der Reben im Elsaß einen Schluß zu ziehen auf unser Land. Das Elsaß mit seinen Ostabhängen hat ein der Schädlingsbekämpfung günstigeres Klima als Baden, wo man mit mehr Regenfällen zu rechnen hat. Landwirtschaftslehrer Dümmler warnt vor übertriebenen Hoffnungen. In Merzhausen sind die Vorbereitungen getroffen; im Frühjahr wird begonnen. Dr. Bock wünscht ein Weinbauinstitut in Müllheim. Soweit es sich um Versuche handelt, waren wir der Ansicht, daß Augustenberg das nötige tut. Wenn wir die Reblausbekämpfung aufgeben, müssen die Versuche bedeutend ausgedehnt werden. Doch besteht einstweilen diese Gefahr noch nicht. Was eine Weinbauschule betrifft, so hielten wir sie bei uns nicht für ein dringendes Bedürfnis; sie würde auch einen so großen Kostenaufwand bringen, daß es für das Land zu viel wäre. Da aber der Weinbau einen wesentlichen Teil unseres Volksvermögens darstellt, haben wir allen Grund, beim Wiederaufbau nach dem Krieg auch diesem Erwerbszweig alle Beachtung zu schenken. Die Aussichten für Kupfervitriol für das nächste Jahr sind sehr schlecht; es empfiehlt sich deshalb, daß die Rebbauern sich rechtzeitig mit dem Ersatzmittel Ferrocid vertraut machen. Der Meinung Strobels, daß die reinen Interessengemeinschaften im Kriege völlig versagt haben, müsse er entschieden widersprechen. Die Vertretung von Städten in der Landwirtschaftskammer wird mit den landwirtschaftlichen Betrieben derselben begründet. Es gibt aber auch noch andere größere landwirtschaftliche Betriebe, die auch keine besondere Vertretung in der Landwirtschaftskammer haben. (Sehr richtig! rechts.) Strobel begrüßte den Antrag, weil durch den Antrag auch die Verbraucher darin eine Vertretung erhalten. Die Landwirtschaftskammer sei aber als eine Interessenvertretung gedacht, während die Städtevertreter die Rolle von Aufsichtspersonen erhalten sollten. Würde man dem Antrag stattgeben, so wäre das, wie wenn in der Zahnärztekammer jene Vertretung wollten, die sich Zähne herausrupfen lassen. (Heiterkeit.) Er schließe sich den Herren an, die gegen den Antrag sind.

Abg. **Röckel** (Ztr.): Zum Fall Zapf müsse er bemerken, daß man bei der Anhörung von Beschwerden sehr vorsichtig sein müsse, denn oft wird das Unangenehme verschwiegen; übersehen dürfe man nicht, daß die Beamten einen sehr schweren Stand haben und daß sie auf Unterbeamte angewiesen sind. Die Bauern sind nicht gewohnt, sich solche Beschränkungen gefallen zu lassen. Zapf hat Getreide versteckt, er hat vom Polizeidiener Plomben verlangt, um sie nach der ersten Entfernung von solchen wieder anzubringen. Er hat erklärt, er mahle doch. Der Mühlenkontrolleur verlangte eine strenge Bestrafung, sonst lege er sein Amt nieder. Zapf ist unbekehrbar. Darum solle man vorsichtiger sein. Er habe zwei Jahre lang im Kommunalverband Offenburg mitgearbeitet.

Abg. **Seubert** (Ztr.): Er habe nicht gelacht; der Fall sei auch ihm ernst! Den Ausdruck loyal habe er nur so gemeint, wie er oft gebraucht wird als freundlich und entgegenkommend. Auch das „paschamäßig" habe er nur aufgefaßt als von oben herab. Beim Oberamtmann in Offenburg beschwere er sich nicht mehr, er weise einen schroff ab. Einem Bürgermeister, der energisch die Interessen der Landwirtschaft vertrat, habe er mit Einsperren gedroht. Es sei seine Pflicht als Abgeordneter, Beschwerden hier vorzutragen; seien sie nicht richtig, so lasse er sich belehren. Zapf hat keine Plomben verlangt; das hat der Oberamtmann nicht einmal in seinen Bericht aufzunehmen gewagt. Die Bemerkungen Röckels müsse er ablehnen; er sei als selbstbeteiligt befangen. Was die Roßkartoffeln betreffe, müsse er feststellen, daß sie bereits gemahlen und eingemaischt sind. Wenn das Brennen nicht gestattet werde, könne man sie auf den Mist werfen.

Abg. **Müller-Weinheim** (natl.) verliest eine Erklärung seiner Partei, welche sich gegen den Antrag Muser betr. die Städtevertretung in der Landwirtschaftskammer ausspricht.

Abg. **Morgenthaler** (Ztr.) bittet nochmals um die Erlaubnis zum Brennen der Roßkartoffeln.

Abg. Dr. **Schofer** (Ztr.): In der Frage der Rheinregulierung Sondernheim—Straßburg habe er gewünscht, daß Elsaß-Lothringen den Unterschied der Ueberschreitungen herauszahlen solle. Er freue sich, daß nach der Erklärung des Herrn Staatsministers keine Ueberschreitungen mehr vorliegen. Er freue sich, daß damit die Voraussetzung für seinen Wunsch wegfalle und daß damit auch die Bahn frei werde für die Frage der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee.

Abg. **Neck** (natl.): Es ist eine Tatsache, daß seit der Rheinregulierung der Wasserspiegel des Rheins viel rascher steigt und langsamer sinkt. Das Wohl und Wehe vieler Gemeinden ist davon abhängig, wie die Frage der Rheinregulierung gelöst wird.

Staatsminister Freiherr **v. Bodman** dankt dem Abg. Neck für das Vertrauen, das er ihm namens der Rheingemeinden im Amt Karlsruhe ausgesprochen.

Staatsrat Dr. **Krems**: Wir werden die Klagen wegen der Rheinregulierung prüfen. Möglich ist es auch, daß die Mißstände nicht auf die Rheinregulierung zurückzuführen sind, daß es sich um Bergwasser handelt, daß eine Stauung des Rheinwassers vorliegt. Die Untersuchungen über das Grundwasser sind ihrem Abschlusse nahe. Auch die Frage von Hebewerken wird geprüft. Die Arbeiten sind nicht eingestellt, sondern nur unterbrochen durch den Krieg.

Abg. Dr. **Koch** (natl.): Die Arbeiten für Ortsentwässerungen sollen nicht eingeschränkt, aber etwas mehr für die Gewinnung von Kulturland getan werden. Die Gewinnung von landwirtschaftlichem Gelände ist für die Allgemeinheit so wichtig, daß es sich empfehle, daß die Regierung die Vorarbeiten zu solchen Projekten ganz übernehme. Auch Zwangsgenossenschaften wie in Preußen wären hierfür zu empfehlen.

Abg. **Belzer** (Ztr.): Die Gemeinden der oberen Hardt klagen über die fortschreitende Versumpfung ihrer Wiesen durch die Rheinregulierung und den Federbach. Man müsse nicht allein Land gewinnen, sondern auch das vorhandene gute Land erhalten. Es mag sein, daß nicht das Rheinwasser, sondern das Grundwasser die Ursache ist; aber zweifellos hängt die ganze Sache doch mit der Rheinregulierung zusammen. Werde nun aber durch eine öffentliche Einrichtung ein solcher Schaden angerichtet, so muß er auch auf öffentliche Kosten wieder beseitigt werden.

Abg. **Herbster** (natl.): Im Oberland erwartete man eine Verbilligung der Elektrizität. Statt dessen erhalten sie eine Verteuerung, indem 10 Prozent Zuschlag erhoben wird, auch da, wo Verträge bestehen. Die Regierung möge das Interesse dieser Gemeinden schützen gegenüber dem Kraftwerk Rheinfelden.

Staatsrat Dr. **Krems**: Dr. Koch hat geklagt, daß die Regierung nicht mehr so geneigt sei, Kulturunternehmungen zu unterstützen. Die vorgetragenen Zahlen müssen Zufallszahlen sein. Eine Absicht liege bei der Regierung nicht vor. Sie verkennt in keiner Weise die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Aufgabe. Bei Moorkulturen komme die Entwässerung in Frage. Dazu gewähre das Wassergesetz die nötige Handhabe zur Zwangsmaßnahme. Belzer hat über die Verschlechterung der Hardtwiesen geklagt. Wenn die Gemeinden nicht rechtzeitig die Gräben öffnen, bleibt eben das Wasser stehen. Die Reinigung des Federbachs wird von der Direktion betrieben, ganz ohne Rücksicht, ob es sich um Privat- oder Staatseigentum handelt.

Abg. **Bitter** (natl.) bittet um wohlwollendes Entgegenkommen bei der Verbescheidung der Bitte der Arbeiter des Porphyrwerks Dossenheim um Erhöhung der Löhne.

Abg. **Hertle** (N. V.) bringt Straßenwünsche aus seinem Bezirk vor betr. die Steige Adelsheim.

Abg. **Seubert** (Ztr.) schlägt vor, die Straßenwünsche der Regierung persönlich oder schriftlich vorzubringen.

Abg. **Schirmeister** (Ztr.) stellt fest, daß seiner früheren Bitte nicht entsprochen wurde.

Staatsrat Dr. **Krems**: Es finden Verhandlungen mit den Arbeitern in Dossenheim statt. Er betone aber, daß sie in vollem Maße an den Teuerungszulagen teilnehmen. Im letzten Jahre erhielten diese Porphyrarbeiter allein 110 000 Mark Zulagen. Die Staatsverwaltung knausert also nicht.

Die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern ist damit beendet.

Abg. **Muser** (F. V.) macht noch einige Bemerkungen zu seinem Antrag betr. die Landwirtschaftskammer. Die Ablehnung der Nationalliberalen gegenüber seinem Antrag betr. die Städtevertretung in der Landwirtschaftskammer überrasche ihn, nachdem sie in der Kommission zustimmten. Redner geht nochmals auf seinen Antrag ein.

Staatsminister **Frhr. v. Bodman**: Er habe nicht gesagt, die Städte sollen überhaupt nicht in die Landwirtschaftskammer kommen, er habe nur gesagt, sie sollen nicht ein besonderes Recht haben; er habe auch gesagt, sie sollen nicht als Vertreter der Verbraucher in die L.-K. kommen, um dort als Kontrollpersonen zu wirken.

Abg. **Muser** (F. V.) erwidert kurz.

Abg. **Seubert** (Ztr.): Er habe nicht die Ansicht, daß die Militärverwaltung von sich aus in der Kesselfrage eine Aenderung herbeiführe. Er freue sich, daß die Regierung der Sache nachgehen werde. In der Roßkartoffelfrage hoffe er auf einen einmütigen Beschluß.

Abg. **Strobel** (Soz.): Wir stimmen dagegen.

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern wird angenommen, ebenso die Restkredite. Die Erklärung der Regierung betr. die Rheinregulierung wird unbeanstandet zur Kenntnis genommen. Der Antrag Muser betr. die Städtevertretung in der Landwirtschaftskammer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler abgelehnt. Der Antrag Seubert betr. die Erlaubnis zum Brennen von Roßkartoffeln bis zu 500 Liter Maische wird mit 25 gegen 20 Stimmen angenommen. Von der Linken stimmt nur der Abg. Muser für den Antrag.

Gesetzentwurf über die Amtsdauer der Mitglieder des Bezirksrats.

Berichterstatter Abg. **Rehm** (natl.) berichtet über den Gesetzentwurf, der am 1. April in Kraft treten soll. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme.

Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Präsident **Kopf**: Der vorhandene Beratungsstoff ist zum größten Teil aufgearbeitet. Nächste Woche sollen die Kommissionen tätig sein. Die nächste Sitzung wird vom Präsidenten angesetzt.

Schluß gegen ¾2 Uhr.

Letzte Nachrichten

Lansdowne macht Schule in England.

Rotterdam, 8. März. (W.T.B.) Der Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet aus London, daß gestern in einer Versammlung zur Unterstützung der Vorschläge Lansdownes der Herausgeber der Wochenschrift Economist Heart ausführte: Lansdownes Ansichten würden jetzt vermutlich von der Mehrheit der denkenden Menschen im Vereinigten Königreich geteilt. Die Politik eines entscheidenden Sieges sei ein schwerer Schlag für viele ehrliche Menschen, die glaubten, daß England an diesem Kriege teilnahm, um einen gerechten Frieden zu erhalten. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Lansdowne bald von einer großen öffentlichen Rednertribüne sprechen wird. (Beifall.) Es wurde der Antrag gestellt, Lansdowne für seinen zweiten Brief den Dank auszusprechen, und beschlossen, im ganzen Land derartige Versammlungen abzuhalten. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, daß Lansdowne selbst deren Leitung übernehmen würde.

Die Alandsinseln.

Stockholm, 7. März. (W.T.B.) Nach einer Mitteilung aus Wasa beschloß der finnische Senat, die Alandsinseln zu einem selbständigen Bezirk innerhalb der finnischen Republik unter einem Landhövding zu machen. Laut Politiken hat die revolutionäre Regierung in Helsingfors gegen die Besetzung der Alandsinseln durch Schweden protestieren lassen, da es sich hierbei um finnisches Gebiet handele.

Eine Moldau-Republik.

Bern, 8. März (W.T.B.) Der Progres de Lyon meldet aus Paris, zwischen Dnjestr und Pruth habe sich eine Moldau-Republik mit der Hauptstadt Kischinew gebildet.

Die Versorgung mit Schuhwerk.

Berlin, 8. März. (W.T.B.) Durch die Presse wurde in den letzten Tagen eine Notiz verbreitet, wonach auf Veranlassung der Reichsstelle für Schuhversorgung in Kürze eine wesentliche Erleichterung der Bezugsscheinpflicht für Schuhwerk erfolgen solle. Diese Behauptung ist zur Zeit verfrüht. Die Reichsstelle für Schuhversorgung wird die Frage der Bezugsscheinpflicht für Schuhwerk in der ersten Sitzung des Beirates zur Erörterung stellen.

Der Luftangriff auf Nancy.

Bern, 8. März. (W.T.B.) Wie Republicain de Lyon aus Nancy meldet, sind infolge des deutschen Luftangriffes außer den festgestellten 20 Toten und Verwundeten noch eine Anzahl von Personen unter den Trümmern verschüttet. Die Aufräumungsarbeiten können nur langsam gefördert werden, da man den völligen Zusammenbruch der halbzerstörten Häuser vermeiden will.

Die Stellung der englischen Regierung geschwächt?

Rotterdam, 8. März. (W.T.B.) Nach dem Nieuwe Rotterdamschen Courant ziehen die Daily News aus der Debatte über die Entlassung Jellicoes den Entschluß, daß das jetzt herrschende System überhaupt keine Regierung, sondern eine Pressediktatur sei, wogegen die Morning Post meint, Jellicoes und Robertsons Entlassung seien die Folge von zügellosen Intriguen. Daily Mail nennt Carsons Rede eine bösartige Verleumdung. Der Manchester Guardian schreibt: Nach den Entwürfen Carsons ist seit gestern in den Wandelgängen des Parlaments eine halbe Stunde lang von einer Ministerkrisis die Rede gewesen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Stellung der Regierung geschwächt ist.

Ministerkrisis in Portugal.

Lissabon, 7. März. (W.T.B.) Die unionistischen Minister lehnten es ab, dem allgemeinen Stimmrecht für die Präsidentenwahl ihre Zustimmung zu geben, infolgedessen brach eine Ministerkrisis aus.

Wutausbrüche der französischen Blätter über den Frieden mit Rußland.

Bern, 8. März. (W.T.B.) Der Friedensschluß mit Rußland wird in den französischen Blättern vom 3. und 4. März nur kurz besprochen und ruft heftigste Wutausbrüche hervor. Die Kapitulation übersteige alles Erdenkliche. Sie sei eine Schmach, eine Schande und ein Verrat. Der Petit Parisien erklärt: Außer vom Vierbund werde der Vertrag von keiner europäischen Macht anerkannt werden. Der Matin sagt: Die Bolschewiki brechen zusammen. Sie sind der allgemeinen Verachtung preisgegeben. Für das Heil Rußlands ist es die höchste Zeit, das anderweitig Hilfe kommt.

Unabhängige Regierung in Ostsibirien?

Amsterdam, 8. März. (W.T.B.) Central News erfahren aus Tokio vom 6. März, daß bei den Unterhandlungen in Peking die Errichtung einer unabhängigen Regierung in Ostsibirien unter dem Fürsten Lwow als ersten Minister beschlossen wurde. Charbin werde Hauptstadt. In wohlunterrichteten Londoner Kreisen zweifelt man stark an der Richtigkeit der Meldung, hält aber immerhin eine Entwicklung der Verhältnisse in dieser Richtung für möglich.

Luftwärme in Karlsruhe
(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station).

7. März, mittags 2.26 Uhr: 8,6 Grad; 7. März, nachts 9.26 Uhr: 2,3 Grad. 8. März, morg. 7.26 Uhr: —1,4 Gr.

Höchste Temperatur am 7. März 9,1 Grad; niedrigste in der darauffolgenden Nacht —1,3 Grad.

Voraussichtliche Witterung am 9. März: wechselnd bewölkt, meist trocken, leichter Frost.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf den Kriegszustand fällt auch die diesjährige Frühjahrsmesse (7. bis 10. Juni ds. Js.) aus.

Die für die Plätze zur Spätjahrsmesse 1917, die aus dem gleichen Grunde ausfallen mußte, geleisteten Anzahlungen (Draufgeld) werden den Beteiligten auf Antrag zurückerstattet, andernfalls für die Spätjahrsmesse 1918, falls solche abgehalten werden kann, gutgeschrieben. 833

Karlsruhe, 2. März 1918.

Der Stadtrat.

Aufnahme

in unserer Missionsanstalt finden Knaben aus gottesfürchtigen Familien Bedingungen Gute Begabung zum Studium, fester Wille Missionar zu werden, tiefe Frömmigkeit und Gelehrigkeit, heiterer Charakter, Empfehlung des hochw. Herrn Pfarrers. 899

Anfragen richte man an das

St. Paulusheim
Bruchsal (Baden).

Kathol. Männerverein Badenia
Karlsruhe-Mühlburg.

Samstag den 10. März 1918, abends 8 Uhr, im Gasthaus zu den „Drei Linden" 890

Familienabend mit Vortrag.

2 Bettstellen

mit Matratzen umständehalber sofort zu verkaufen 841

Karlsruhe-Mühlburg,
Lorchenstraße 2, part. links.

Hochschulen.

× **Bonn.** Der kürzlich von der Universität Göttingen hierher berufene Professor der Rechtswissenschaft Dr. Konrad Beyerle hat einen Ruf an die Universität München als Nachfolger des Professors Gareis erhalten. (N. V.)